

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kirchgasse 13 · Steinbach (Taunus)

An  
Stadtverordnetenvorsteher  
Manfred Gönsch

Gartenstraße 20  
61449 Steinbach

**Ortsverband Steinbach (Taunus)**

**Dr. Robin Müller-Bady**  
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Kirchgasse 13  
61449 Steinbach (Taunus)  
Tel.: +49 (151) 70031296  
robin@mueller-bady.com

Steinbach, 4. Oktober 2020

## Prüfantrag: Förderung Elektromobilität

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Gönsch,

Anbei erhalten Sie unseren Prüfantrag zur Förderung von Elektromobilität

### Antrag

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie und in welchem Maße eine Förderung von Elektromobilität in Steinbach möglich ist. Hierbei sollen sowohl Anschaffung als auch Betrieb von Fahrzeugen und E-Tankstellen sowie Einbindung in Satzungen der Stadt (beispielsweise Stellplatzsatzung) in Betracht gezogen werden. Weiterhin sind sowohl finanzielle als auch unterstützende organisatorische Leistungen (Beratungstermine, Unterstützung bei Förderanträgen, Förderung zur Nutzung von Ökostrom, etc.) mit einzubeziehen. Eine Liste an möglichen Fördermaßnahmen und entsprechende Kostenaufstellung ist der Stadtverordnetenversammlung zeitnah vorzulegen um weitere Maßnahmen anzustoßen.

### Begründung

Die Elektromobilität ist ein aktuelles und wichtiges Thema im Bereich des Individual- und öffentlichen Personennahverkehrs und treibt unabdingbare Entwicklungen im Bereich der umweltfreundlicheren Personenbeförderung voran. Dabei bietet E-Mobilität, trotz aller Diskussionen über Umweltfreundlichkeit von E-Autos bei Produktion und Betrieb, einen entscheidenden Vorteil: die Universalität der Energiequelle.

Die Stadt Steinbach sollte diesen Vorstoß einzelner Bürgerinnen und Bürger begrüßen und unterstützen. Daher sollen einige Möglichkeiten der Förderung von E-Mobilität durch die Stadt eruiert und der Stadtverordnetenversammlung zum Zwecke der Initiierung weiterer Maßnahmen vorgelegt werden. Diese Möglichkeiten erstrecken sich von einfacher pauschaler finanzieller Förderung zum Bau von (teilöffentlichen oder privaten) E-

Ladesäulen bis hin zur organisatorischen Unterstützung und Beratung zur Inanspruchnahme Landes- oder Bundesweiter Fördermittel. Auch eine Verankerung des Themas in lokalen Satzungen der Stadt, beispielsweise der Stellplatzsatzung oder in Bebauungsplänen, soll Gegenstand der Betrachtung sein.

**Geschätzter finanzieller Aufwand**

Nicht bekannt

Mit freundlichen Grüßen



Robin Müller-Bady